

Paibacher Zeitung.



Nr. 12.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. R. 11, halbj. R. 5.80. Für die Anstellung im Hause halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. R. 15, halbj. 7.50.

Montag, 17. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 20 kr., größerer von 5 Zeilen 40 kr., bei öfteren Wiederholungen per Zeile 2 kr.

1881.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben nachstehende Allerhöchste Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Graf Taaffe! Indem Ich in Genehmigung Ihrer Anträge den Justizminister Freiherrn von Streit und den Handelsminister Ritter von Kremer über ihr Ansuchen in Gnaden von ihren Aemtern enthebe, ernenne Ich Meinen Statthalter Freiherrn von Pino zum Handelsminister und übertrage Ich die Leitung Meines Justizministeriums Meinem Minister Dr. Prajak.

Wien, 14. Jänner 1881.

Franz Joseph m. p.

Taaffe m. p.

Lieber Freiherr von Streit! Ich finde Mich bewogen, Sie auf Ihr Ansuchen von dem Posten Meines Justizministers unter Anerkennung Ihrer mit Eifer geleisteten Dienste in Gnaden zu entheben und behalte Mir Ihre weitere Verwendung im Dienste vor.

Wien, 14. Jänner 1881.

Franz Joseph m. p.

Taaffe m. p.

Lieber Ritter von Kremer! Ich finde Mich bewogen, Sie auf Ihr Ansuchen von dem Posten Meines Handelsministers unter Anerkennung Ihrer mit Eifer geleisteten Dienste in Gnaden zu entheben und behalte Mir Ihre weitere Verwendung im Dienste vor.

Wien, 14. Jänner 1881.

Franz Joseph m. p.

Taaffe m. p.

Lieber Dr. Prajak! Indem Ich den Justizminister Freiherrn von Streit über sein Ansuchen seines Amtes in Gnaden enthebe, übertrage Ich Ihnen die Leitung dieses Ministeriums.

Wien, 14. Jänner 1881.

Franz Joseph m. p.

Taaffe m. p.

Lieber Freiherr von Pino! Ich ernenne Sie zu Meinem Handelsminister.

Wien, 14. Jänner 1881.

Franz Joseph m. p.

Taaffe m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Karl Wilhelm Freiherrn von Walterkirchen die k. k. Kämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliehung vom 4. Jänner d. J. den Finanzrath Dr. Franz Krause zum Oberfinanzrath und Finanzprocurator in Linz allergnädigst zu ernennen geruht.

Dunajewski m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliehung vom 7. Jänner d. J. den provisorischen Director der Lehrer-Bildungsanstalt in Petrinja, Johann Balasko, definitiv zum Director dieser Anstalt allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliehung vom 7. Jänner d. J. den Custos der Grazer Universitäts-Bibliothek, Dr. Alois Müller, zum Universitäts-Bibliothekar in Graz allergnädigst zu ernennen geruht.

Conrad-Eybesfeld m. p.

Der Handelsminister hat den Commissär der Generalinspection der österreichischen Eisenbahnen Alexander Rainer zum Inspector bei derselben ernannt.

Am 13. Jänner 1881 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe der Stände XLVI und L vom Jahre 1880 des Reichsgesetzblattes ausgegeben und verendet.

(„Br. Ztg.“ Nr. 9 vom 13. Jänner 1881.)

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnisse vom 27. Dezember 1880, Z. 31367, die Weiterverbreitung der in Zürich erscheinenden Zeitschrift „Der Socialdemokrat“ Nr. 48 vom 28. November 1880 wegen des Artikels „Socialismus und Christenthum“ — nach den §§ 122 b und 65 St. G., wegen des Artikels „Zum polnischen Revolutionsfest“ nach § 305 St. G., dann wegen des Auftrages „Parteilosigkeit, verachtet der Verfolgten und Gemäßigten nicht“ nach § 310 St. G. verboten.

Das k. k. Landesgericht als Pressgericht in Troppau hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnisse vom 28. Dezember 1880, Z. 1372, die Weiterverbreitung der in Budapest erscheinenden Zeitschrift „Der Wegweiser“ Nr. 2 vom 19. Dezember 1880 wegen des Artikels „Eine socialistische Kundgebung für Polen“ nach den §§ 58 c und 300 St. G., wegen des Artikels „Zur Taktik der k. k. österreichischen Staatsretter“ nach den §§ 300 und 302 St. G., dann wegen des Correspondenzartikels „Wels“ nach § 300 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Lage.

Die „Neue freie Presse“ constatirt auf Grund ziffermäßiger Belege, dass der höchste Cours für die österreichische Papierrente jedenfalls in diesem Jahre erreicht worden sei, fügt jedoch, um ihr oppositionelles Gewissen zu beschwichtigen, sofort die Bemerkung bei, „dass Herr Dunajewski hieran kein Verdienst gebäre.“ Nun liegt es uns allerdings fern — sagt die „Wiener Abendpost“ — das Verdienst für den günstigen Stand der österreichischen Rente ausschließlich dem gegenwärtigen Finanzminister zu vindicieren; an die „N. fr. Pr.“ möchten wir aber in aller Bescheidenheit die Frage richten, ob auch sie sich einer ähnlichen Zurückhaltung beflissen hätte, wenn zufälligerweise der Cours der Rente in jüngster Zeit um einige Procent zurückgegangen wäre?

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ will erfahren haben, dass demnächst Delegierte der beiderseitigen Finanzministerien zusammentreten sollen, um die Frage der Valutaregelung in Erwägung zu ziehen. Das genannte Blatt knüpft daran den Ausdruck der Besorgnis, dass die einschlägigen Verhandlungen schon an dem vorbereitenden Schritte scheitern werden, weil man nicht wissen könne, wie lange die derzeitige Regierung noch am Ruder bleiben werde, die ungarische Regierung somit kaum geneigt sein dürfte, „die etwaigen Propositionen des derzeitigen österreichischen Finanzministers sonderlich ernst zu nehmen.“ — Es ist doch merkwürdig, was gewisse Herren nicht alles für Sorgen haben! Da zerbricht sich der Moniteur vom Schortering den Kopf des ungarischen Finanzministers und bedenkt dabei nicht, dass doch in keinem constitutionellen Staate der Welt Regierungen für ewige Dauer ernannt zu werden pflegen. Nach der Logik der „Br. Allg. Ztg.“ müsste überhaupt jede Transaction, ja jede productive Thätigkeit seitens einer constitutionellen Regierung aufhören, da „sie ja doch nicht wissen kann, wie lange sie selber, beziehungsweise ihre Principien am Ruder bleiben.“ Uebrigens möge sich das genannte Organ nur beruhigen. Es handelt sich vorläufig bloß um die Regelung der Silberausprägungen, somit um eine Angelegenheit, die schon der frühere Finanzminister Freiherr v. Bretis, der ja „auch nicht wissen konnte, wie lange er am Ruder bleiben werde“, in Fluss gebracht hat.

Der „N. fr. Pr.“, die eifrig beflissen war, ihre Gefinnungsgenossen als die uneigennützigsten Freunde

Feuilleton.

Wiener Skizzen.

15. Jänner.

Die Nachricht von der Verschiebung der Hochzeit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzog Rudolf, mit welcher die „Wiener Zeitung“ letzten Sonntag die Wiener und die ganze Bevölkerung des Kaiserstaates überraschte, hat den Hauptgesprächsstoff für die ganze Woche abgegeben. Die erste Wirkung war allgemeine Verblüffung, dann stellte man Vermuthungen an, was wohl der eigentliche Grund für die Verschiebung sein möchte und da erst die nächsten Morgenblätter darüber Aufklärungen brachten, so schwebte „ganz Wien“ vierundzwanzig Stunden in Ungewissheit und erging sich in den sonderbarsten Gedanken. Dass die erlauchten Eltern der Prinzessin-Bräut diese nicht den Strapazen einer Winterreise und den mit den Festlichkeiten verbundenen Anstrengungen aussetzen wollen, fand man erklärlich, aber warum, so fragte man, wird der „spätere Zeitpunkt“ nicht näher fixirt? Die Frage hat auch ihren berechtigten Grund, es wird so viele Vorbereitungen für die Festlichkeiten im Gange, dass der Aufschub der Vermählung allein schon mancherlei Verlegenheiten hervorruft, umso mehr, wenn der Termin nicht bestimmt angegeben wird. Es heißt, die Hochzeit werde am 24. April, als am Vermählungstage Ihrer Majestäten, stattfinden, aber das ist auch nur ein Gerücht, das schon durch die andre Nachricht, Kronprinz Rudolf werde im Februar eine Reise nach dem Orient antreten und längere Zeit in Palästina

verweilen, an Glaubwürdigkeit verliert. Abwarten, das ist das Beste; eines Tages wird schon wieder bekannt gegeben werden, wann die Vermählung stattfindet.

Es gibt Menschen, denen jede Ueberraschung unangenehm ist, ob dieselbe nun freudiger Natur ist oder nicht. Und in der That, das Eintreten des Unerwarteten, Unvorhergesehenen wirkt immer störend. Angenehmer ist schon, wenn etwas sehnlich Gewünschtes eintritt und in dieser Beziehung haben Bierbrauer, Wirthe, Fleischhauer, Zuckerbäcker, kurz alle Gewerbe, welche zum Betriebe ihrer Geschäfte Eis nöthig haben, Anlass zur Zufriedenheit, denn der Winter hat sich endlich eingestellt und in so intensiver Weise, dass binnen wenigen Tagen mit der Eisversorgung begonnen werden konnte. Ein Gang über die Rudolfsbrücke zu jener Stelle, wo im verflossenen Jahre das Schützenfest stattfand, ist jetzt gar nicht uninteressant, denn dort sind Hunderte von Menschen beschäftigt, die Eis-schollen aus dem Wasserbecken des alten Donaubeckes herauszufischen und zu verladen. In langen Reihen bewegen sich dann die eisbeladenen Wagen der Stadt zu, und in allen Straßen sieht man Leute beschäftigt, die kühle Gabe des Winters zu bergen. Auch die Eis-sportsmen sehen endlich ihren sehnlichsten Wunsch erfüllt, die Eislaufplätze haben sich in ebenso viele Eis-parcets verwandelt, über welche der stahlbeschwingte Fuß hinweggleitet. Einen sehr interessanten Anblick gewährt der große Eislaufplatz vor dem Subterphore des Abends, denn er ist von Hunderten von Gaslaternen und sieben elektrischen Sonnen beleuchtet, auch findet sich da immer ein zahlreiches Publicum ein, welches stundentlang den Schlittschuhläufern zusieht und damit Restroys Wort bestätigt: „In Wien gibts alleweil Leut, die haben alleweil Zeit.“

Der alte Schall und Possendichter hat wieder einmal Tausende von Menschen lachen gemacht. Zur Feier des hundertjährigen Bestandes des Carl-Theaters veranstaltete Director Temele eine Restroy-Woche und die fiel so glücklich aus, dass er gleich noch eine zweite folgen ließ. Seltsam, die Generation, für welche Restroy seine Stücke schrieb, ist vergangen und auch die neue Generation lacht noch über die Witz Restroys. Das kann man von den Possen unserer Zeit nicht sagen, denn über die wird schon nach wenigen Jahren nicht mehr gelacht. Welchen Effect machte beispielsweise Kofens Stück „O diese Männer!“ und heute, nach zwei Jahren, schon wird es, wenn es einmal gegeben wird, vor leeren Bänken aufgeführt, während „Lumpaci Bagabundus“, „Einen Zug will er sich machen“ u. noch immer volle Häuser machen. Mit dem echten Witz ist es, wie mit der echten Poesie, sie bleibt ewig, während das Talmigold seinen Glanz verliert. Selten, äußerst selten ist es, dass ein Stück so viele Auführungen und gar nacheinander erlebt, wie Dr. Radlers „Josef Vanner“ in dem Josefstadt Theater, das diesertage zum hundertstenmale in Scene gieng. Es ist aber auch ein echtes Volksstück, voll Witz und komischer Einfälle, ohne jede Pose und Frivolität, und es macht den Wienern Ehre, dass sie das zu würdigen wissen. Die populäre Gestalt Vanners ist es einerseits, die gute Wache andererseits, was zum Besuche der Vorstellungen reizt. Das Theater in der Josefstadt hat übrigens vor mehreren Jahren ein ähnliches Glück mit einem Stücke gehabt; „Bon Sinse zu Sinse“ ist auch mehr als hundertmale nacheinander gegeben worden. Eigenthümlich ist, dass die Kritik, die immer über den Verfall der Volksbühne jammert, von beiden Stücken wenig Notiz genommen

der bäuerlichen Bevölkerung hinzustellen, empfiehlt die „Wiener Abendpost“ die Lectüre der jüngsten Nummer der „Frankfurter Zeitung“, die sich in einem Wiener Briefe über die oberösterreichische Bauernbewegung unter anderem folgendermaßen vernehmen läßt: „Schon die Parole: „Keine Geistlichen und Adelligen, aber auch keine Advocaten!“ gibt Zeugnis von dem Mißtrauen der oberösterreichischen Bauern gegen die Führer der Verfassungspartei, denn dieselben sind in Oberösterreich fast ausschließlich Advocaten. Die von den Bauern verlangte Revision des Wahlgesetzes wird auch nur von dem linken Flügel der Verfassungspartei unterstützt; die Mehrzahl der verfassungstreuen Abgeordneten will mit Dr. Herbst nichts von der Einführung directer Wahlen und von der Ausdehnung des Wahlrechtes auf alle diejenigen, welche 10 fl. directer Steuern zahlen, wissen.“ — Das ist, wie man sieht, so ziemlich das Gegentheil dessen, was gestern die „N. fr. Pr.“ behauptet hatte. — Auch der Wiener Correspondent der „Schlesischen Zeitung“ spricht sich in ähnlichem Sinne aus, indem er constatirt, daß die Bauernbewegung in den österreichischen Alpenländern eine durchaus materielle Basis habe und zu politischen Zwecken unmittelbar nicht auszunutzen sei. „Die Opposition im österreichischen Abgeordnetenhaus — so schreibt er weiter — gibt sich große Mühe, diese Bewegung in ihrem Sinne zu verwerthen, aber es scheint nicht, daß der Bauernstand geneigt ist, sich als Staffage für diese oder jene politische Richtung mißbrauchen zu lassen, sondern daß er nur für das Eintreten will, was seine eigenen Interessen verlangen.“

Das „Berliner Tageblatt“, in einem leitenden Artikel dasselbe Thema besprechend, knüpft daran folgende Bemerkungen: „Was die Bedeutung der Linzer Resolutionen wie der ganzen Bauernbewegung insgesamt gegenüber der Stellung des Ministeriums Taaffe anbetrifft, so hat dieses letztere wahrlich keine Ursache, damit unzufrieden zu sein. Graf Taaffe hat nicht nur den Dank für die günstige Lösung der Lebensfrage eingeheimst, es bieten ihm auch die Resolutionen eine Gewähr, daß er fortan noch weniger nöthig haben wird, sich irgendwie drängen zu lassen. Graf Taaffe steht heute, nach dem Linzer Bauerntage, vielleicht fester als jemals früher, und es wäre nicht undenkbar, daß er in nächster Zukunft mit seiner „Versöhnungsmission“ günstigere Resultate erzielt. . . Man ist — so heißt es weiter — im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Orientfrage, auf die hervorragende Rolle, welche Oesterreich in dem Drama auf der Balkan-Halbinsel zu spielen berufen ist, sehr wohl berechtigt, die Versöhnung der Nationalitäten, vorausgesetzt, daß sie sich nicht auf Kosten des deutschen Elementes vollziehe, als eine eminente Lebensfrage für Oesterreich zu bezeichnen. So darf man denn wohl darauf gespannt sein, zu sehen, welche Früchte der Linzer Bauerntag und die ganze Bauernbewegung auch nach dieser Richtung zeitigen werden.“

„Die Deutschen warten noch immer vergeblich auf die fruchtbare wirtschaftliche Thätigkeit, welche das Ministerium versprochen hat.“ So steht heute wörtlich zu lesen in dem leitenden Organe derselben Partei, deren Unthätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete von den eigenen Bestimmungsgenossen wiederholt hervorgehoben und entschieden getadelt worden ist. Ueberdies ist es erst wenige Tage her, daß ein zweites Organ dieser Partei den vom „Prager Abendblatt“ aus-

gesprochenen Wunsch nach größerer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen eines der Abgeordneten höhniisch glossierte und daran folgende charakteristische Bemerkung knüpfte: „Wir begreifen den Wunsch der Regierung, den politischen Lunder aus dem so leicht entzündlichen Hause fernzuhalten, allein wir glauben, daß sie bezüglich der Erreichbarkeit dieses Wunsches sich keiner Illusion hingeben wird.“ Hören wir übrigens, wie in dem „Trierer Tagblatt“ sich „ein Handelsmann“ über die wirtschaftliche Thätigkeit der Linken vernehmen läßt. Er schreibt: „Man muß es leider bekennen, daß die Verfassungspartei niemals ein richtiges Verständnis für die Belebung der productiven Kräfte des Staates bekundet; daß sie namentlich bei aller Achtung für ihre sonstigen Verdienste, in der Beurtheilung aller den großen Weltverkehr betreffenden Fragen sich stets in einem sehr beengten, pedantischen Kreise bewegend, ihre Gaben mit sehr verschiedenem Maße und Gewichte, immer mit Bevorzugung und selten mit staatsmännischer Klugheit bemessen und vertheilt hat.“ — Das ist doch wohl deutlich gesprochen!

Das „Trierer Tagblatt“ bespricht weiters die Aufnahme, welche die Deputation der Stadt Trier beim Herrn Ministerpräsidenten gefunden, und bemerkt: „Wir dürfen uns dem trostvollen Gedanken hingeben, daß unsere Bitten bei der Regierung die freundlichste Aufnahme, das vollste Verständnis, die wohlwollendste Würdigung gefunden haben. Dieser erfreulichen Thatsache setzt unsere Deputation die Krone auf, indem sie vom Grafen Taaffe erzählt: „Die Antwort Sr. Excellenz zeigte eine tiefe Kenntnis der Bedürfnisse unserer Stadt, und erhielten die Delegierten die Versicherung, daß die Wünsche Triests an dem Ministerpräsidenten einen warmen Verteidiger finden werden.“ Daß Graf Taaffe eine tiefe Kenntnis der Bedürfnisse unserer Stadt besitzt, kann uns nicht überraschen. Er hat immer zu den hervorragendsten Capacitäten der inneren Administration gezählt. Selbst seine erbittertesten Feinde müssen ihm die Ehre erweisen, zu bekennen, daß sein Wort Manneswort ist, daß man auf seine Zusage wie auf Felsen bauen kann. Es muß uns daher eine volle Veruhigung gewähren, daß er unserer Delegation erklärte, es werden die Wünsche Triests einen warmen Verteidiger in ihm finden. Die Stadt Trier kann einer Regierung, die ihre Bitten mit so aufrichtigem, ja herzlichem Entgegenkommen aufnimmt, nur Vertrauen entgegenbringen. Die Stadt Trier kann sich dem Ministerpräsidenten, der ein warmer Verteidiger ihrer Bitten sein will, nur zu herzlichem Danke verpflichtet fühlen.“

Die „Politik“ bekämpft das „neue Manöver“ jener Abgeordneten der Linken, welche das Gesetz über die Fixierung der Grundsteuer-Hauptsumme, in der Hoffnung, dadurch die Parlamentsmajorität zu spalten und die Regierung in unliebsame Complicationen zu verwickeln, zu Falle zu bringen suchen, und hebt die schweren Nachteile hervor, welche das Gelingen dieses Planes für das ganze Land Böhmen ohne Rücksicht auf die Nationalität im Gefolge haben müßte.

Die „Gazeta Narodowa“ bezeichnet die Meldung der „Neuen freien Presse“, wonach die „verfassungstreuen“ Mitglieder der Lemberger Handelskammer gegen die beantragte Reform der Wahlordnung protestirt hätten, als vollkommen erfunden. Von keiner Seite sei irgend ein Protest erhoben worden. Uebrigens gebe es in Galizien keine Eintheilung der

Wähler in „verfassungstreue“ und „nicht verfassungstreue“. Auf dem Gebiete der Politik gehen in Galizien Juden und Christen einträchtig vor, und der Begriff „verfassungstreue“ habe jede Bedeutung verloren, seitdem alle Parteien am parlamentarischen Leben theilnehmen.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde am 12. d. M. die Specialberathung über den Concurrs-Gesetzentwurf fortgesetzt und beendet. Mehrere Paragraphen wurden in unerheblicher Weise abgeändert. Die §§ 127, 150, 210, 211, 212 und 225 wurden im Hinblick auf die einschlägigen Abänderungsanträge an den Justizauschuß zur Aeußerung überwiesen, und zwar § 225 zufolge des Amendements Alois Unger, welcher beantragte, daß die Bestimmungen über den Zwangsausgleich auch bei den Concursen von Nicht-handelsleuten zur Anwendung gelangen. Zum Schluß beantragte Minister Pauler die Einschaltung eines neuen Paragraphen, durch welchen der Minister ermächtigt wird, das Concurrs-Gesetz bezüglich Fiume mittelst besonderer Verordnung einzuführen und im Gesetze die den dortigen Verhältnissen entsprechenden Aenderungen zu machen. Ueber Antrag Fränkis wurde auch dieses Amendement dem Justizauschuße zugewiesen. Die in Schwabe belassenen Paragraphen kommen, sobald der Ausschuß seinen Bericht erstattet, zur Verhandlung. — Zum Schluß der Sitzung beantwortete Ministerpräsident Tisza die auf die Gemeinde- und Bezirksärzte bezügliche Interpellation Albert Bodogs. Der Minister constatirte seine Bereitwilligkeit, im administrativen Wege die möglichste Abhilfe zu schaffen, doch legte er auch die Gründe dar, weshalb er die Feststellung eines Gehaltsminimums von 600 fl. und die Ausfolgung der Bezüge der fraglichen Aerzte aus der Staatskasse für unthunlich hält. Nach einer kurzen Erwiderung des Interpellanten und einer Replik des Ministers wurde die Antwort desselben zur Kenntnis genommen.

Die Vertragsverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien sind am 12. d. M. — wie die „Pol. Corr.“ meldet — nach längerer Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Der Gegenstand dieser Sitzung bildete abermals die Frage des Grenzverkehrs. Die Conferenz, welche im Laufe des Vormittags begann, endete um 2¹/₂ Uhr nachmittags.

Vom Ausland.

Die deutsche Presse ist gegenwärtig vollauf mit den Vorbereitungen für die bevorstehende parlamentarische Campagne beschäftigt und geht an die Prüfung der einzelnen, besonders wirtschaftlichen Angelegenheiten, unter welchen das Steuerverwendungs-Gesetz und die Arbeiterversicherungs-Frage in erster Reihe stehen. — Die vielbesprochene antimilitärische Agitation hat in Berlin ein doppeltes Gegengewicht durch die jüngst abgehaltenen Versammlungen der Arbeiter und der Wahlmänner gefunden, in welchen beiden Versammlungen die erwähnte Bewegung die schärfste Verurtheilung erfahren hat. — Den Antrag Windthorst's: „Das Spenden der Sacramente und das Feiern der Messe ist strafbar. Alle dem entgegenstehenden Bestimmungen sind aufzuheben,“ werden, wie verlautet, nicht nur einzelne SeceSSIONisten, sondern auch die Fortschrittspartei energisch unterstützen, wogegen die Regierung kurz und bündig erklären will, sie könne

hat; nach dem ersten Pflichtreferate hat man wenig mehr darüber gelesen. Dagegen wird über jedes französische Ehebruchsdrama, über jeden Schmarren „unseres beliebtesten und fruchtbarsten Possendichters“ und über jeden Operettenblödsinn mit einer Ausführlichkeit gesprochen, als ob es sich um ein Weltereignis handle.

Theatervorgänge bilden neben oben erwähnter Hofnachricht den Hauptgesprächsstoff in dieser Woche. Raum hatte sich Wien von der Ueberraschung erholt, die Herr Jauner ihm durch den Ankauf des Wiedner Theaters bereitete, so verbreitete sich die Kunde, Herr Jauner habe das Ringtheater gepachtet. Hiedurch wurde zweierlei bewiesen, erstens, daß Herr Jauner nicht darauf reflectire, Herrn Steiner sofort aus der Direction zu verdrängen und zweitens, daß er noch weitergehende Pläne habe. Nach der einen Version beabsichtige er, der Hofoper unliebsame Concurrnz durch Aufführung von Spielopern zu bereiten, nach der anderen plane er nichts Geringeres als die successive Vereinigung aller Theater Wiens unter einer einzigen Generalunternehmung. Es verlautet auch schon, Herr Jauner habe ein ganzes Consortium von Unternehmern hinter sich. Daß die Opernleitung in der That die Concurrnz des Ringtheaters fürchte, gieng daraus hervor, daß der Generalintendant Baron Hofmann Einsprache gegen die Verpachtung des Ringtheaters erhob und erklärte, dasselbe selbst in Pacht nehmen zu wollen, um den jüngeren Kräften der Hofoper Gelegenheit zu geben, sich zu üben. Das Project scheint aber maßgebenden Orts nicht angenommen worden zu sein, denn jetzt heißt es wieder, der Pachtvertrag Jauners werde die Bestätigung erhalten. Ob nun Opern im Ringtheater gegeben werden oder nicht,

so viel steht fest, unter Jauner wird den anderen Theatern eine empfindliche Concurrnz erwachsen, und das „Krachtheater“, wie die ehemalige „Romische Oper“ genannt wird, hat Aussicht, wieder solvent zu werden.

Das Ringtheater hatte in der letzten Zeit den Charakter eines internationalen Theaters angenommen, und als solches war es den anderen Theatern wenig gefährlich; mochte Rossi mit seinen Itälern, mochten Ungarn, galizische Juden oder Franzosen da gastieren, immer war es nur ein kleiner Bruchtheil der Theaterfreunde, den es nach dem Schottenringe zog. Auch die jetzt im Ringtheater gastierenden „französischen Hofschauspieler des Fürsten von Rumänien“ erfreuen sich keineswegs reger Theilnahme, und das nimmt umso mehr wunder, als die Wiener doch eine gewisse Sympathie für alles Französische haben und die Leistungen der rumänischen Franzosen ganz anerkennenswert sind. Aber die Deutschen scheinen keine andere Reclame zu kennen, als ihren pompös klingenden Hoftitel und der macht bei den Wienern zu wenig Effect.

Das Stadttheater macht, wie es scheint, recht gute Geschäfte, und das ist dem Director Bulowicz zu gönnen, denn derselbe gibt sich alle nur denkbare Mühe, die Gunst des Publicums zu gewinnen, nicht nur, daß er ein möglichst interessantes Repertoire aufzustellen bestrebt ist, er wirkt selbst fleißig als Schauspieler mit, denn er ist als Komiker sehr beliebt, und kürzlich hat er sogar die (ihm auf den Leib geschriebene) Hauptrolle in einem Stücke übernommen, das sein Bruder Herr Emmerich Bulowicz verfaßt hat. Er hatte da einen Kanzeleimenschen darzustellen, der sich einbildete, ein geborener Diplomat zu sein, und

das brachte er auch in der heitersten Weise zuwege. Wenn der dreiactige Schwank sich trotzdem nicht lange auf dem Repertoire erhielt, so ist das nicht seine Schuld. Das Stück ist zwar mit Geist und Geschick verfaßt und dennoch nicht so lustig, als Blumenhals „Teufelsfelsen“, obgleich dieses von Kalauern, abgenutzten Wigen und Platiüben wimmelt. Habent sua fata libelli.

Die Frage, wie viel Wien sammt Vororten an Bewohnern seit den letzten zehn Jahren zugenommen, ob es schon weit über eine Million hat, ist noch nicht entschieden, dagegen ist es gewiß, daß die Füßchen aller gezählten Wienerinnen von einem gewissen Alter eine Art von „Zipperlein“ haben, daß sie bald im Zwei-, bald im Dreiviertel-Tact sich bewegen und es gar nicht erwarten können, den Ballsaal zu betreten. Der Fasching hat begonnen, die ersten Kränzchen, Tanzabende, Maskenbälle zc. haben stattgefunden, aber aller Anfang ist schwer, auch Faschingsanfang, und es wird wohl noch einiger Zeit bedürfen, bis „ganz Wien“ dem Tanze huldigt. Es gehört zum bon ton, nicht auf den ersten Bällen zu erscheinen, und an dieser Sitte halten die Wienerinnen mit Selbstüberwindung fest. Mit einigem Bangen sehen die Väter und Mütter heiratsfähiger Töchter, die Gardebater, die Vereinsvorstände und Ballcomité-Mitglieder der nächsten Zukunft entgegen, denn dieselbe erheischt große Opfer an Geld, Schlaf und Ruhe, und wer weiß, ob das Endresultat zu diesen Opfern in einem gewünschten Verhältnisse steht. Am Ende des Faschings heißt es vielleicht wieder: Der Wahn ist kurz, die Neue lang!
Lew is.

den von ihr im vergangenen Sommer bei dem letzten Kirchengefetz eingenommenen Standpunkt nicht aufgeben. — Die „Germania“ dementiert inzwischen die Meldung, wonach für die Diocese Paderborn die Wahl eines Bischofsverwesers gestattet worden sein soll. Es sei daran nicht zu denken, so lange die Gegenconcession, die Garantie einer organischen Revision der Wahlgesetze, fehle.

Die „Agence Russe“ dementiert in kategorischer Weise die Nachricht des „Standard“, daß Rußland für den Fall von Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei mit Persien eine Vereinbarung gegen die Türkei eingegangen wäre. Rußland, das sich ganz dem Friedenswerke hingibt, ist einzig und allein damit beschäftigt, an allen seinen Grenzen die Ruhe aufrechtzuerhalten.

Aus Paris theilt man der „Pol. Corr.“ mit, daß man sich daselbst in politischen Kreisen damit beschäftigt, auf Grund neuester Meldungen aus Thessalien und Griechenland das Stärkeverhältnis der türkischen und griechischen, für den Fall eines Conflictes in Betracht kommenden Streitkräfte zu prüfen, und daß für den Fall eines Zusammenstoßes lebhaftest Besorgnisse für Griechenland geäußert werden.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus London zu gekommenen Meldung lassen die daselbst aus China eingetroffenen Meldungen es als höchst wahrscheinlich erscheinen, daß die chinesische Regierung diesmal die Ratification des neuen zwischen Rußland und China geschlossenen Abkommens ohne besondere Einwände vollziehen werde. Diese für den friedlichen Handelsverkehr mit Ostasien erfreuliche Wendung sei zum Theile auf die bons offices zurückzuführen, welche das Cabinet von St. James zur Schlichtung der russisch-chinesischen Differenzen mit großer Bereitwilligkeit und allem Anscheine nach auch mit dem gehofften Erfolge eintreten ließ.

In Bezug auf Südafrika liegen heute folgende Nachrichten vor: Der Colonialminister Carl of Kimberley hat die dem neuen Statthalter der Capcolonie, Sir Hercules Robinson, mitgegebenen Instruktionen in einem Blauche beiden Häusern des Parlamentes mitgetheilt. Mit Bezug auf Transvaal besagen die Instruktionen: „Ihrer Majestät Regierung habe mit Sehnsucht der Zeit entgegenzusehen, wo es möglich sein dürfte, dem Lande freiere Einrichtungen zu gewähren, allein jetzt müsse zuerst die Autorität der englischen Herrschaft wieder hergestellt werden, und dann werde die Regierung geneigt sein, den holländischen Ansiedlungen eine solche Autonomie zu sichern, die mit den allgemeinen Interessen von Ihrer Majestät Besitzungen in Südafrika, sowie mit den Verpflichtungen Englands gegen die sehr große einheimische Bevölkerung in Transvaal vereinbar sein dürfte.“

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Konstantinopel zu gekommenen Meldung ist der bisherige Generalgouverneur des Vilajets von Adrianopel, Meouf Pascha, an Stelle des zum Vorsitz der Militär-Inspectioncommission berufenen Ismail Pascha zum Commandanten der kaiserlichen Garde ernannt worden.

Die serbische Regierung hat, wie der „Pol. Corr.“ aus Belgrad gemeldet wird, gegen den suspendierten Leiter der dortigen Postanstalt, Herrn Stefanovic, eine Untersuchung wegen grober Vergehen angeordnet. Der Minister des Innern hat erklärt, er werde strengstens darüber wachen, daß das Briefgeheimnis fortan gewahrt werde. — Der Putz in Skoplje an der macedonischen Grenze soll nach in Belgrad eingelaufenen Berichten von keiner Bedeutung sein. Ali Pascha aus Gusinje habe höchstens 600 Anhänger um sich zu versammeln vermocht. Die Gegend und das Gros der Bevölkerung verhalten sich ruhig und theilnahmslos. Es sollen bereits drei Bataillone Rizams aus Mitrovica im Anmarsche auf Skoplje sein.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Sofia zu gekommenen Meldung soll sich zwischen Bulgarien und Serbien neuentstehende gewisse Annäherung vollzogen haben, welche darauf zurückzuführen sei, daß man in bulgarischen Regierungskreisen Sympathien für die Principien und Männer der neuen serbischen Regierung empfindet. Der bulgarische Kammerpräsident Herr Lukaroff hat eine Gelegenheit ergriffen, um seiner Befriedigung über den Sieg der serbischen liberal-conservativen Partei öffentlich in rückhaltloser Weise Ausdruck zu geben.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland

sind, wie man der „Pol. Corr.“ aus Paris unterm 11. d. M. schreibt, sehr gute und besonders ist die Haltung des Berliner Cabinets in der tunesischen Frage hervorzuheben. Diejenigen, welche in der Umgebung des alten Bey sich mit Intriquen befassen und die Porte intervenieren lassen wollen, verschwenden bloß ihre Zeit. Die in Konstantinopel mit besonderer Vorliebe zuweilen gehegte Idee, die Regentschaft von Tunis unter dem Vorwande der islamitischen Einheit zu einer einfachen ottomanischen Provinz herabzudrücken, ist ein unrealisierbarer Traum. Frankreich, welches in der Regensschaft ab antiquo erworbene Rechte besitzt, ist entschlossen, dieselben, wann, wo und gegen wen

immer zu vertheidigen. Der Besuch des Sohnes des Bey bei dem Könige von Italien ist ein einfacher Schritt der Courtoisie, aus dem keine weiteren Consequenzen zu ziehen sind. In allen Fällen aber ist man in der Lage, sich in dieser Frage zwischen Paris und Rom ohne die Mitwirkung irgend einer anderen Regierung zu verständigen.

Tagesneuigkeiten.

— (Der neue Handelsminister.) Der neue Handelsminister Felix Maria de Pino Freiherr v. Friedenthal wurde am 14. October 1826 in Wien geboren, wo er auch seine Studien absolvierte. In den Jahren 1849 bis 1851 stand er im Justizdienst, sodann war er beim Consulardienst und bei der Seebehörde in Triest beschäftigt. Seit dem Jahre 1854 war Baron Pino in der Administration thätig, und zwar als Ministerialsecretär im Ministerium des Innern, ferner in Venetien in den Jahren 1867 und 1868 als Leiter des Bezirksamtes Baden, sodann in gleicher Eigenschaft in Görz. Im Jahre 1870 wurde er Landespräsident der Bukowina, im Jahre 1874 Statthalter in Triest und im Jahre 1879 Statthalter von Oberösterreich. Baron Pino gehörte in der vorigen Wahlperiode dem Abgeordnetenhaus als Vertreter eines Bukowinaer Landgemeindebezirktes an, er ist Ehrenritter des Maltheiser-Ordens, k. k. Kämmerer und wirklicher geheimer Rath.

— (Literarische Zusendungen an den Hof.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgende Kundmachung: „Nachdem sich seit längerer Zeit die directen Einwendungen von literarischen und Kunstproducten des In- und Auslandes an den Allerhöchsten Hof häufen, so wird das Normale in Erinnerung gebracht, daß vorher im vorgeschriebenen Wege der k. und k. Landesbehörden (beim Auslande der bezüglichen k. und k. diplomatischen Vertretungen) die schriftliche Bitte um die Bewilligung zur Einwendung unter genauer Angabe des betreffenden Gegenstandes dem gefertigten Oberstpostamt vorzulegen ist, ehe derselbe eingeschendet wird, widrigenfalls auf derlei unmittelbare Zusendungen keine Rücksicht genommen wird. Wien, am 13. Jänner 1881. Vom k. k. Oberstkämmereramt.“

— (Grün- und Senau-Denkmalcomité.) Der General-Intendant Freiherr v. Hofmann hat das Ehrenpräsidium des Grün- und Senau-Denkmalcomités übernommen. In letzter Zeit sind dem Comité auch aus dem Kreise der Allerhöchsten Familie Beiträge zugefloßen, und zwar von Ihrer kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Karl Ludwig und der Frau Erzherzogin Maria Theresia 200 fl., Erzherzog Ludwig Victor 100 fl., Erzherzog Wilhelm 100 fl. Der Grün- und Senau-Denkmalfonds beträgt dormal 3981 fl. 60 kr. Weitere Beiträge stehen in naher Aussicht.

— (Aenderung in der Cavallerie-Uniform.) Das Militär-Verordnungsblatt vom 14ten d. M. verlautbart folgenden Erlass: „Se. Majestät der Kaiser haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. Jänner 1881 bewilligt, daß bei den Cavalleriemänteln die Kapuze sammt Stehfragen zu entfallen und an Stelle der beiden letzteren ein breiter Umschlagen zu treten hat, welcher mit Paroli, wie für Infanterie, zu versehen und für Officiere aus dunkelbraunem Sammt von der Nuance des Manteltuches zu erzeugen ist. Die hiedurch bedingte Aenderung der Adjustierungsvorschrift für die mit dem Cavalleriemantel bekleideten Generale, Truppen, Branches etc. wird mit dem Verordnungsblatte der vierteljährigen Berichtigungen verlautbart. Die Umgestaltung der Officiersmäntel auf die neue Form kann sofort beginnen, während wegen Umgestaltung der Mannschaftsmäntel specielle Weisungen folgen werden.“

— (Ein römisches Grabfeld.) Man berichtet aus Wels: Im nahen St. Bernhardin, hart an der nach Salzburg führenden Reichsstraße, die zum größten Theile noch jene alte Römerstraße ist, welche vor Beginn unserer Zeitrechnung von Drilaba nach Zubavum führte, wurde ein römisches Grabfeld mit zumeist verbrannten Leichenüberresten aufgefunden. Ferner waren in demselben ziemlich zahlreiche Münzen, meistens aus Bronze; dieselben gehören den Kaisern Antoninus Pius (138 bis 161 n. Chr.), Vespasian, Domitian, Severus, Alexander und Gallienus an. Man kann somit annehmen, daß die Gräber aus dem zweiten und dritten Jahrhundert nach Christus herrühren. Vor zwei Jahren wurden bekanntlich ebenfalls in derselben Gegend mehrere Gräber aufgedeckt. Die Aufdeckung dieser Gräber gestattet manchen interessanten Einblick in die Bestattungsweise und den Totencultus der Römer. Die Grundlage der einzelnen Begräbnisplätze, die ziemlich nahe an einander gereiht waren, bildete jedesmal eine mit Kalk gemengte Schotterdecke, deren Oberfläche zumeist mit einer eigenthümlichen, tiefschwarzen Erde, die theilweise Nischen Spuren bemerkbar ließ, bedeckt war. Auf der festen Unterlage wurden dann die verbrannten Körperreste entweder in einer Glasurne, die in einer quadratischen Steinrinne eingeschlossen war oder in einer Thonurne verwahrt gefunden. Daneben befanden sich in Thonurnen Schmuckstücke, Spielzeug, Werkzeugen Ueberreste etc. Hier wird die Frage von wissenschaftlichen Ausgrabungen und weiteren Forschungen lebhaft ventilirt.

— (Zwei neueröffnete Pyramiden.) Telegraphisch geht der „Boissischen Zeitung“ folgende Meldung aus Kairo zu: „In der Nähe von Saggarah, im Norden des alten Memphis, sind zwei Pyramiden geöffnet worden, welche von zwei Königen der sechsten Dynastie erbaut sind und deren Gänge und Zimmer Tausende von Inschriften bedecken. Ein Fund von der höchsten wissenschaftlichen Bedeutung.“

Locales.

Aus der Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Fort.)

VI. Der Obmann der zweiten Section, Kammerath Bürger, trägt vor den Bericht, nach welchem der krainische Landtag in der Sitzung am 19. Juni 1880 über die Petition der Bezirksstraßen-Ausschüsse Laas und Loitsch wegen Erklärung der Gottscheer-Relathalerstraße als Landesstraße oder wegen deren Bemautung nachfolgenden Beschluß gefaßt hat: Daß Besuch des Bezirksstraßen-Ausschusses Laas wird dem Landesauschusse zur Bornahme der nöthigen Erhebungen hinsichtlich der Erhaltungskosten der laut der Petition zu bemautenden Straßenzüge, des auf denselben herrschenden Verkehrs und des voraussichtlichen Mautertrages mit dem Auftrage überwiesen, hierüber in der nächsten Landtagsession Bericht zu erstatten.

Da die beabsichtigte Erklärung dieser Straße als Landesstraße mit dem dormaligen Systeme des Bezirksstraßenwesens in Krain nicht vereinbar ist, daher auch nach dem obenerwähnten Landtagsbeschlusse diese Eventualität gar nicht in Betracht zu ziehen ist, so wird vom krainischen Landesauschusse die Kammer eingeladen, verlässliche statistische Daten über den Verkehr auf jener Straße zu liefern und ihre Wohlmeinung über die beantragte Errichtung von Mäuten an der Gottscheer-Relathalerstraße bekanntzugeben. Die Gesuchsteller gehen bei ihrem Bemautungsvorschlage von der Idee aus, daß jedem an dem besagten Straßenzuge theilhabenden Straßenzugbezirk: Loitsch, Laas, Reinsiz und Gottschee, je eine, zusammen also vier Mautstationen zu bewilligen seien, mit 6 kr. per Stück Zugvieh und 1 kr. per Stück Treibvieh, sowohl am Hin- als auch Rückwege. Auf solche Weise erhoffen sie einen Ertrag von 26,204 fl. an den vier Stationen, als deren Standorte: 1.) Gottschee, 2.) Soderschitz, 3.) Blojschka-Polizza und 4.) bei Rakel in Aussicht genommen sind.

In der Petition wird angeführt, daß die von Gottschee über Reinsiz-Oblak-Zurtniz nach Rakel führende Bezirksstraße eine Länge von 85 Kilometer hat, daß dieselbe und die Abzweigung bei Blojschka-Polizza über Laas nach Presid die im ganzen Lande befahrenste ist, da auf derselben nicht allein die Landesproducte an Getreide, Vieh etc., sondern auch Mercantilholz in bedeutender Menge am Südbahnhofe Rakel aus den walddreichen Gottscheer, Reinsizner, Laaser und Gabraner Gegenden als einzigen Verbindung verfrachtet werden.

Die Section bezieht sich auf ihren in der Sitzung am 12. November 1880 über die Maut an der Savebrücke bei Lees erstatteten Bericht, in welchem sie nachgewiesen hat, warum sie sich nicht für die Errichtung neuer Mäute aussprechen kann. Durch die Einführung der Mäute würden die Glasindustrie und die Lederfabrication, die Holzwaren-Industrie, der Mercantil-Holzhandel betroffen werden, doch würde die Maut auch in dieser Gegend nur der Fuhrmann zahlen müssen.

(Fortsetzung folgt.)

— (Verleihung.) Die durch den Tod des Herrn Pfarrers Gustav Köfl erlebte, dem Patronate des krainischen Religionsfondes unterstehende Stadtpfarre St. Jakob in Laibach wurde über diesfällige Präsentation der k. k. Landesregierung für Krain dem Weltpriester und Religionslehrer an den städtischen Knaben-Volksschulen in Laibach, Herrn Johann Rosmann, verliehen.

— (Casino-Unterhaltung.) Der hiesige Casinoverein eröffnete vorgestern die Reihe seiner diesjährigen Faschingsunterhaltungen mit einem Kränzchen. Dasselbe war mit Rücksicht auf die erfahrungsgemäß bei allen ersten Unterhaltungen bemerkbare Reserviertheit verhältnismäßig noch ziemlich gut besucht; wir zählten 26 Paare, getanzt wurde bis 4 Uhr morgens. Die nächste Vereinsunterhaltung findet Samstag, den 29ten d. M., statt.

— (Die Populationsverhältnisse in Laibach im Jahre 1880.) Ueber die unter der katholischen Bevölkerung Laibachs im Jahre 1880 vorgekommenen Geburten, Todesfälle und Trauungen entnehmen wir einer von der „Danica“ veröffentlichten statistischen Zusammenstellung folgende Daten: In der Dompfarre St. Nikolaus wurden im Jahre 1880 geboren 45 Kinder (gegen 51 im Jahre 1879, somit im ersteren — 6), gestorben sind 64 Personen (gegen 61 im Vorjahre, somit + 3), getraut wurden 27 Paare (gegen 23, also + 4); — in der St. Jakobspfarre wurden geboren 179 Kinder (gegen 165 im Vorjahre, somit + 14), gestorben sind 129 Personen (gegen 178,

